

der Arbeit heute für alle Menschen mit nur wenig Arbeit möglich.

Die inneren Gesetze des Kapitalismus, für welche die Aufteilung der Menschen in wenige Besitzende und viele weitestgehend Besitzlose eine Notwendigkeit ist, spiegeln sich auch in der aktuellen Bildungspolitik wieder. Die in einigen Bundesländern bereits eingeführten allgemeinen Studiengebühren von 500 Euro, deren Einführung in Thüringen angekündigt ist, machen das Studium für viele Menschen zum Privileg. Wer nicht aus wohlhabenden Verhältnissen kommt, steht vor der Wahl, neben dem Studium noch mehr arbeiten zu müssen und letztendlich gar keine Zeit zum Studieren zu haben oder am Ende der Ausbildung bis über beide Ohren verschuldet zu sein. Diese Maßnahmen in der Bildungspolitik zielen darauf, den Elitenbildungsprozess stärker zu forcieren, als er im dreigliedrigen Schulsystems Deutschlands sowieso schon angelegt ist. Es erfolgt eine staatliche Umstrukturierung, die die Ausgrenzung breiter Teile der Gesellschaft organisiert.

Thüringer Verhältnisse Damit ist der Bogen zum Thüringer Hochschulgesetz geschlagen, dass auf Entdemokratisierung, Abbau von Autonomie der Hochschulen und vor allem auf Ökonomisierung und Wettbewerbsfähigkeit von Hochschulen zielt. Die Komponente studierender Mensch, der sich nicht nur für seine Verwertbarkeit auf dem Arbeitsmarkt ausbilden lassen will, wird dabei außer Acht gelassen. Es besteht kein Interesse, Studierende aus sozial schwachen Verhältnissen an die Hochschulen zu holen, sondern eher daran, dass sich Eliten aus sich heraus reproduzieren können. Die eingeführten Verwaltungskostenbeiträge von 50 Euro fallen dabei eher noch unter das Kapitel nebensächlich, bedenkt man, dass in wenigen Jahren ordentliche Studiengebühren eingeführt werden sollen und damit etliche Studierende ihr Studium nicht fortsetzen werden können. Wer an dieser Stelle nicht begreift, dass es mit diesem Gesetz mal wieder um das Große und Ganze geht, ähnlich wie mit der Finanzierung von Theatern und Orchestern in Thüringen, dem Volksbegehren für eine bessere Familienpolitik oder dem massiven Stellenabbau im öffentlichen Dienst, kann den Ruf nach französischen Verhältnissen nicht verstehen. Es ist der Umgang mit den Menschen dieses Landes, die Ignoranz

ihrer Vorstellungen und Ideen, die eine einzige Demonstration nicht zu brechen vermag. Diese Gesellschaft muss wachgerüttelt werden, um nicht vollends verkauft und privatisiert zu werden und in gänzlicher „Eigenverantwortung“ der Individuen zu enden. Deswegen mein Plädoyer für französische Verhältnisse, eine demokratische und gewaltfreie soziale Bewegung zu schaffen, die sich gegen den ökonomischen Terror durchsetzt.

Mehr **Positionen** von Susanne Hennig?

- 01:** Wer zahlt meine Miete? Zur sozialen Lage von Studierenden.
- 03:** Prekäre Wissenschaft? Zu Arbeitsverhältnissen an den Hochschulen.
- 04:** Weg damit! Die Erhöhung der Verwaltungskostenbeiträge rückgängig machen.



Susanne Hennig (geboren 1977) ist Abgeordnete im Thüringer Landtag der Fraktion DIE LINKE. Sie ist Sprecherin ihrer Fraktion für Ausbildungs- und Studierendenfragen. Gemeinsam mit dem Landtagsabgeordneten Matthias Bärwolff betreibt sie in der Erfurter Innenstadt das offene Jugendwahlkreisbüro RedRoXX.

RedRoXX
www.redroxx.de

Jugendbüro RedRoXX
Pilsse 29 - 99084 Erfurt
Telefon: 0361/6547229
kontakt@redroxx.de

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

Fraktion DIE LINKE
Thüringer Landtag
Arnstädterstraße 51
99096 Erfurt
Telefon: 0361/3772318
hennig@die-linke-thl.de

Positionen erscheint als Flugblattreihe der Abgeordneten des Thüringer Landtages Susanne Hennig (ViSdP), Fraktion DIE LINKE, Thüringer Landtag, Arnstädterstraße 51, 99096 Erfurt. Text: Susanne Hennig, Layout und Redaktion: Paul Wellsov.

www.susannehennig.de

02

Positionen

... zur Ausbildungs- & Studierendenpolitik

Plädoyer für französische Verhältnisse

Zum Verhältnis von Protest und Parlament

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

Französische Verhältnisse

Im Frühjahr 2006 demonstrierten in Frankreich Zehntausende Studentinnen und Studenten gegen den sogenannten „CPE-Vertrag“. Dieser Vertrag sah vor, bei Erstinstellungen den Kündigungsschutz so zu lockern, dass jedeR innerhalb von zwei Jahren sofort und ohne Angabe von Gründen entlassen werden könnte. Damit sollte ein besonders schamloser Schritt zur Zerschlagung des Sozialstaates beschritten werden. Aber es kam anders, denn die jungen Erwachsenen benutzten das Kapital, das jeder Mensch hat: Zeit, Kraft und Mut, um das Gesetz zu verhindern. Und es geschah, was in Deutschland noch undenkbar ist: ArbeiterInnen, BeamtInnen und Angestellte stellten sich an ihre Seite, obwohl sie Lohnausfall hinnehmen mussten. Tausende SchülerInnen traten in den Streik, obwohl sie ihre Abschlüsse gefährdeten. Und auch die Gewerkschaften riefen zur Teilnahme an den Protesten auf. Landesweit wurden Universitäten besetzt, Streiks und Arbeitsniederlegungen bei der Post und in den Kommunen organisiert und Millionen gingen auf die Straßen. Bei Aktionstagen wurden wichtige Knotenpunkte der Infrastruktur blockiert.

Die Regierung wollte durch einige Entschärfungen des Gesetzes dem Protest die Spitze nehmen. Aber Ende März 2006 beschloss die „Nationale Koordination der Studierenden, jungen Arbeitenden und Prekären“, sich nicht auf das Verhandlungsangebot der Regierung einzulassen, sondern die Kämpfe so lange fort zu führen, bis das Gesetz gänzlich zurück genommen würde. Am 10. April 2006 musste die Regierung ihre Niederlage eingestehen.

„Plädoyer für französische Verhältnisse“, das war der Titel eines Artikels über die Tagung „Wie weiter links?“ der Thüringer Linkspartei im April 2006. Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine hatten dafür plädiert, von Frankreich zu lernen. Eine höchst aktuelle, ja zentrale Schlussfolgerung aus den Erfahrungen mit den Regierenden in Thüringen, aber auch in Berlin. Soziales Verantwortungsgefühl, wichtige Argumente und alternative Vorschläge prallen einfach an einem Panzer der Arroganz ab, egal von wem und von wie vielen Menschen sie unterstützt werden. Wir erfahren jeden Tag: Nur der Druck der vom Sozialabbau betroffenen 80% dieser Gesellschaft vermag, gemeinschaftlich organisiert, Änderungen zu erreichen. Wir brauchen eine demokratische Streit- und Streikkultur, wie sie in Frankreich zum Alltagsleben ge-

hört, um die Rechte der Arbeitenden und der jungen Generation zu verteidigen.

Für engstirnige Betrachtungen muss der gewaltsame Protest demonstrierender Jugendlicher in Pariser Vororten als willkommene Stigmatisierung „französischer Verhältnisse“ erhalten. Diese Stigmatisierung kommt den Regierenden recht, bedeutet es doch, sich unrechtmäßig gegen bestehendes Recht gewehrt zu haben. Protest also, der nicht ernst genommen werden muss und darf, Protest der niedergeschlagen werden muss und sämtliche andere Protestformen überschattet. An dieser Stelle sei erwähnt, dass gerade durch den radikalen und unbarmherzigen Einsatz der Polizei in Frankreich gewalttätige Auseinandersetzungen provoziert wurden.

Gemeinsam! Das Zusammenspiel von Studierenden und ArbeitnehmerInnen, PraktikantInnen und Gewerkschaften, unterschiedlicher Generationen und Bevölkerungsgruppen, die mit dem geplanten Gesetz zur Lockerung des Kündigungsschutzes nicht einverstanden waren, brachten den Stuhl des französischen Innenministers zum Wackeln. Entschlossener, solidarischer Widerstand, der den Blick auch auf die Belange anderer Gruppen der Gesellschaft richtet, das sind französische Verhältnisse. Wenn „zivilisiert“ heißt, jedes Unrecht zu akzeptieren, um keine Unordnung aufkommen zu lassen, wird es höchste Zeit, unzivilisiert zu sein. Hunderttausende Menschen auf deutschen Straßen haben es 2004 nicht geschafft, Hartz IV zu stoppen. Ihr Protest wurde ausgesessen. Es müssen Millionen werden.

Wenn Studierende propagieren, für französische Verhältnisse zu sorgen, geht es um die Hoffnung, die die französischen Demonstranten vermittelt haben, auch hiesiger Regierungspolitik entschieden und massenhaft die Stirn bieten zu können. Es geht um die Hoffnung, Einigkeit unter alle Betroffenen bringen zu können. Denn von Bildungs- und Sozialabbau, Lohndumping und Arbeitslosigkeit betroffene Bevölkerungsgruppen gehen in Deutschland zumeist getrennt auf die Straße, sofern sie überhaupt an einen Sinn von Protest glauben. Die erfolgreichen Massendemonstrationen in Frankreich bleiben ein Vorbild. Durch kreative Formen des Protestes, Spaßguerilla, Solidarität aller Betroffenen, die Lähmung des öffentlichen Lebens und seiner Infrastruktur, durch das Aufmerksam machen auf himmelschreiende Missstände und na-

türlich durch die entsprechende Masse der Protestierenden können französische zu deutschen Verhältnissen werden. Ziviler Ungehorsam ist ein Mittel, um die Regierenden aufzuwecken und in ihrem Rhythmus zu stören, und er ist zugleich zutiefst demokratisch. Denn der Kampf gegen Bildungs- und Sozialabbau, Lohndumping und Arbeitslosigkeit richtet sich im Kern gegen das Verwertbarkeitsdenken des globalisierten Kapitalismus. Es geht um das Ganze, der beste Grund um miteinander, füreinander, stetig und massiv gegen Regierende und ökonomische Giganten zu protestieren.

Interessen Rude Privatisierungspolitik weltweit hat zu einer beispiellosen globalen Konzentration ökonomischer Macht geführt, statt zu einem seit zweihundert Jahren möglichen Wohlstands für alle. Wenige hundert Konzerngiganten entscheiden heute über die Entwicklung der Weltwirtschaft, über Investitionen und Arbeitsplätze, über die Verteilung von Wohlstand und Armut, über die Lebensperspektiven von Milliarden Menschen. Je unumschränkter ihre Profitinteressen regieren, desto tiefer wird die Kluft zwischen Nord und Süd, zwischen Arm und Reich. Auch in der Bundesrepublik öffnet sich die Schere zwischen Oben und Unten zusehends weiter. Steigender Wettbewerbsdruck wird geschaffen und ein Heer von mehreren Millionen Arbeitslosen verwaltet, obwohl die Dax - Unternehmen 2006 21 Milliarden Euro an Dividenden ausschütten werden, mehr als je zuvor. Die Sparlogik der öffentlichen Hand wird am ehesten von jenen vertreten, die die Taschen der Spitzenverdiener weiter füllen wollen. Der Sozialstaat sei unbezahlbar geworden, die Rede ist von Eigenverantwortung in einer Zeit, in der für eigene Verantwortung keine Reserven mehr sind und damit immer mehr Ausgrenzung geschaffen wird. Die herrschende Politik ist nicht Sachzwanggeleitet, sondern Interessendiktiert. Hart erkämpfte soziale Sicherungen werden abgebaut. Grund- und Freiheitsrechte werden eingeschränkt und in ökologischen Fragen ist der Rückwärtsgang eingelegt. Der Militärhaushalt dagegen wird auf hohem Niveau gehalten. Die Masse der Menschen bekommt in ihrem Alltag zu spüren, dass die neoliberalen Verheißungen größerer Freiheit und Eigenverantwortung vor allem das durch keine Regel mehr gebändigte Faustrecht des Wirtschaftsstärkeren bedeutet. Dabei wäre ein hoher Lebensstandard angesichts der Produktivität